

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 45 (1965-1966)
Heft: 9

Artikel: Vorwort zur Schrift "Dialogue à travers la Sarine"
Autor: Wahlen, Friedrich T.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-161772>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Vorwort zur Schrift «Dialogue à travers la Sarine»

FRIEDRICH T. WAHLEN

Ist die totalitäre Staatsform durch den Monolog eines Diktators oder einer machthabenden Gruppe charakterisiert, so ist nach einem alten Wort die Basis der Demokratie die Diskussion, und nirgends hat dieses Wort mehr Wahrheitsgehalt als in unserem Land mit seiner unmittelbaren Demokratie. In der föderalistischen, vielsprachigen Schweiz ist aber der Dialog nicht nur die lebensnotwendige Voraussetzung für die politischen Entscheidungen in Bund, Kantonen und Gemeinden, sondern auch für die kulturelle Entfaltung, die Erhaltung des sprachlichen und konfessionellen Friedens und die Sicherung des gegenseitigen Verständnisses überhaupt.

Wenn dieses Heft dem Dialog über die Saane hinweg gewidmet ist, so befaßt es sich also mit einem allerdings sehr wichtigen Sonderfall aus einem Aufgabenkreis, der nicht nur durch die Sprachgrenzen gegeben ist, sondern der sich auf das Verhältnis aller lebendigen Glieder der Confoederatio Helvetica untereinander erstreckt. Diese Bemerkung sei vorausgeschickt, um zu unterstreichen, daß viele der Überlegungen, die im Hinblick auf das Thema dieses Heftes angestellt werden, eine umfassendere Bedeutung beanspruchen können.

Welches sind nun die Voraussetzungen zur Führung eines fruchtbaren Dialogs zwischen Deutsch und Welsch? Ohne durch die Reihenfolge eine Prioritätsordnung der Wichtigkeit andeuten zu wollen, nenne ich zuerst die *freund-nachbarschaftliche Neugierde*. Hüben und drüben muß man sich für die Grundlagen und Äußerungen der Kulturen, um die Gebräuche, das Denken und Wollen der andern Sprachgruppe und auch um ihr wirtschaftliches Ergehen interessieren. Diese Neugierde muß schon im Elternhaus und in der Schule geweckt werden. Zu einem nie versiegenden Quell des Wunsches nach Aussprache über die Sprachgrenze hinweg wird sie, wenn der Bürger schon im Kindesalter Gelegenheit zu einem längeren Aufenthalt im fremden Sprachgebiet erhält, und zwar vorzugsweise in einer Familie. Der früher vielfach geübte Brauch eines Austausches von Kindern zweier Familien war, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, ein unschätzbarer Anreiz, sich später immer wieder über die Entwicklungen im andern Landesteil orientieren zu wollen. Es ist verdienstlich, daß bei aller Respektierung der kantonalen Autonomie im Erziehungswesen Bestrebungen nach einer Annäherung der Bildungsgänge im Gange sind, weil die großen, durch keine wirklichen Bedürfnisse gerechtfertigten Verschiedenheiten der Curricula diesem Austausch entgegenstehen.

Die Befriedigung dieser so wünschbaren Form der Neugierde ist ohne ein Minimum an *Sprachkenntnissen* nicht denkbar. Denn fällt die Sprache, das bedeutsamste Kommunikationsmittel, aus, vermögen sich dadurch zwei verschiedenartige Volksgruppen nicht zu verständigen, so werden deren Unterschiede zur Geschiedenheit, und das Vorurteil, mit dem die eine an die andere herantritt, vermag nicht im gegenseitigen Gespräch zum Urteil begründet zu werden. Dabei ist allerdings zu sagen, daß Presse, Radio und Fernsehen auch dem der Sprache nicht mächtigen als berufene Interpreten zu einem Verständnis gegenseitiger Probleme helfen können, ohne allerdings einen vollen Ersatz für die direkte Lektüre oder das lebendige Gespräch von Mensch zu Mensch zu bieten. Immerhin besteht hier eine Aufgabe für die Verantwortlichen der Massenkommunikationsmittel, die bewußt und mit dem nötigen Geschick gefördert werden sollte.

Im Hinblick auf die Überwindung der Sprachbarrieren muß gerechterweise auf die beträchtlich größeren Schwierigkeiten hingewiesen werden, welche die frankophone Sprachgruppe zu überwinden hat. Es ist klar, daß sich der deutsche Sprachunterricht in der Romandie auf das Schriftdeutsche beschränken muß, ein Ausdrucksmittel also, das auch das deutschschweizerische Kind ursprünglich als Fremdsprache empfindet und in der Schule erlernen muß. Aus diesem Grunde hat der Deutschschweizer Hemmungen, sich im Umgang mit anderssprachigen Miteidgenossen des Schriftdeutschen zu bedienen, und so kommt es auch in Fällen, da der welsche Gesprächspartner das Schriftdeutsche besser beherrscht als der deutschsprachige das Französisch, vor, daß die Konversation französisch geführt wird. Diese Haltung benachteiligt unsere welschen Miteidgenossen, da ihnen die notwendige Übung im Gebrauch der Fremdsprache vorenthalten wird.

Die dritte Voraussetzung eines fruchtbaren Dialogs über die Saane ist ein tiefes *Verständnis für das geschichtliche Werden des Föderalismus, seinen heutigen Platz und seine Grenzen*, Probleme, mit denen sich Gonzague de Reynold und Denis de Rougemont im Bulletin Nr. 2 (1963) der «Alliance culturelle romande» so lebendig auseinandergesetzt haben. Wir müssen den Begriff des Föderalismus immer wieder neu überdenken, um ihn einerseits lebendig zu erhalten und seine Anwendung andererseits nie zur Kirchturmpolitik ausarten zu lassen. Gemeindeautonomie und kantonale Souveränität sind lebenswichtige Elemente unseres Staatsaufbaues, aber es ist nicht zu verkennen, daß die Entwicklung der modernen Wirtschaft und die Sicherung der Infrastruktur eine vermehrte Beteiligung und damit auch ein vermehrtes Mitspracherecht des Bundes notwendig macht. Um so wichtiger wird die Anwendung des lebendigen Föderalismus auf das Geistesleben und die Kultur. In einer jüngst erschienenen, lesenswerten Studie über die vielsprachige Schweiz sagt der Kanadier Kenneth D. McRae, die literarische Kultur der Schweiz werde je nach Sprachgebiet mit den drei großen Nachbarn geteilt, während die politische

Kultur allen Schweizern gemeinsam sei und ihnen allein gehöre. Das ist sicher eine Vereinfachung, aber doch eine Feststellung, die die Wichtigkeit der Rolle unterstreicht, welche die «Alliance culturelle romande» in so verdienstlicher Weise zu spielen bereit ist.

Zum fruchtbaren Dialog gehört auch der *Mut*. Ich meine in erster Linie den Mut, Dinge zu sagen, die vielleicht im eigenen Lager unpopulär sind, und erinnere dabei an die Rede Carl Spitteler im Jahr 1915, die ihm nicht nur in der deutschen Schweiz Anfeindungen eintrug, sondern seinen Büchern den deutschen Markt völlig verschloß. Wenn je, so bestand damals ein Graben zwischen romanischer und alemannischer Schweiz. Heute wird dieses Wort viel zu häufig gebraucht. Man vergißt dabei, daß Meinungsunterschiede im Wesen des föderalistischen Staatsaufbaues begründet sind und daß man die Übereinstimmung der Ansichten nicht künstlich zu einer nationalen Freundschaftspflicht machen soll. Übrigens bestehen Meinungsverschiedenheiten nicht nur zwischen unseren verschiedenen Sprachgebieten, sondern auch unter gleichsprachigen Eidgenossen. Vielleicht unterscheidet sich ein Basler stärker von einem Zürcher als von einem Genfer der gleichen Bildungsstufe, und wie verschieden mag ein Neuenburger von einem Walliser sein!

Was es weiter braucht, ist der *Wille, über die Sprachgrenzen hinweg gemeinsame große Aufgaben anzupacken*. Als vordringliches Beispiel ist die Landesplanung zu nennen. Unser Lebensraum ist äußerst knapp bemessen, und wenn wir die vielfach völlig untergeordnete, zufällige Art der Benutzung unseres Bodens im Zuge der sprunghaften Entwicklung der letzten anderthalb Jahrzehnte betrachten, so muß uns vor der Wahrscheinlichkeit bange werden, daß unser Land an der Jahrtausendwende zehn Millionen Menschen beherbergen wird. Heute schon Reserven zu schaffen für die notwendige Erweiterung der Infrastruktur, dafür zu sorgen, daß kein Landesteil in der Entwicklung zurückbleibt, die Schönheiten der Landschaft zu erhalten, für Erholungsräume zu sorgen und das kulturelle Erbe zu schützen, das sind begeisternde Aufgaben, die zu einem konstruktiven Dialog über die Sprachgrenzen hinweg und zwischen Gemeinden, Regionen, Kantonen und Bund führen sollten.

Und endlich sollten wir uns der *gemeinsamen Verantwortung* bewußt sein, die uns der *Geburtsprozeß eines einzigen Europas* überbindet. Man macht uns nicht selten das Kompliment, in der Schaffung der Eidgenossenschaft das Bild eines geeinten Europas vorweggenommen zu haben. Gewiß, wir können beim geringen Gewicht unseres Landes im wirtschaftlichen und politischen Aufbau des alten Erdteils keine entscheidende Rolle spielen. Aber das starke, einigende Gefühl der Zusammengehörigkeit über die Sprachgrenzen hinweg, das sich in unserer Eidgenossenschaft über die Jahrhunderte entwickelt hat, und das auch im Zeitalter eines sprachlich profilierten, übersteigerten Nationalismus bestehen blieb, ist ein so notwendiges Konstruktionselement des neuen Europas, daß wir einen wesentlichen Beitrag zu leisten haben. Wie Denis de Rougemont

in der vorhin zitierten Arbeit richtig sagt, ist es ein Denkfehler, vom Bestehen autonomer und scharf definierter nationaler Kulturen europäischer Länder zu sprechen. Diese Länder schulden sich gegenseitig in den lebendigsten Äußerungen ihrer Kultur, in der Literatur, der Musik und der Kunst so viel, daß bei aller Vielfalt und Verschiedenheit doch das Gemeinsame weit überwiegt. Diese Gemeinsamkeit schafft die letzte Voraussetzung für einen fruchtbaren Dialog über die Saane, die ich nennen möchte: Die *Liebe zu einem gemeinsamen großen Erbe*, die auch der Ansporn zur künftigen Tätigkeit der «Alliance culturelle romande» bleiben möge.

Die französische Fassung des vorstehenden Aufsatzes ist als Vorwort zu der von der Alliance culturelle romande herausgegebenen Schrift «Dialogue à travers la Sarine» erschienen.

Das Problem der Demokratie im System der europäischen Gemeinschaften

WILLY ZELLER

«Délibérer est le fait de plusieurs. Agir est le fait d'un seul.» Diese Worte finden sich in den Kriegsmemoiren General *de Gaulles*, an der Stelle, die von der Rolle der provisorischen Versammlung handelt, die sich im November 1943 in Algier als «Dialogpartner» von de Gaulles provisorischer Regierung etablierte. Es wird damit das Verhältnis zwischen den Funktionen der Versammlung und des «pouvoir» charakterisiert. Der General erklärt, er habe schon damals die Ohnmacht der Parteien und die Unfähigkeit der Parlamente, Macht auszuüben, vorausgesehen, die später zum konstitutionellen Drama Frankreichs geworden seien. «Le pouvoir», das ist für ihn die Exekutive, namentlich ihre Spitze, die Staatsleitung, die nach der Verfassung der Fünften Republik dem Präsidenten gehört. Sie besitzt die Verantwortung, die ihr das Recht und die Pflicht zukommen läßt, zu handeln. Verkörpert ist sie in der Nation, nicht darunter, nicht darüber. Sie bedarf der zentralstaatlichen Konzeption ebenso, wie sie die überstaatliche Verantwortung verwerfen muß.

Für die europäischen Föderalisten mochte es daher eine bittere Erfahrung, konnte aber nicht eigentlich eine Überraschung sein, daß Frankreich Mitte